Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 5gespaltene Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 307. Sonntag den 2. November 1884 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach der heute erfolgten Zusammenstellung des Ergebnisses der am 28. October dieses Jahres vollzogenen Reichstagswahl in den 51 Bezirken des XII. sächsischen Wahlkreises ist

Herr Bürgermeister Justizrath Dr. **Bruno Tröndlin**
in Leipzig

mit der absoluten Mehrheit von 12,566 Stimmen bei 24,433 abgegebenen giltigen Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.

Nach §. 27, Abs. 2 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 wird dies hiermit bekannt gemacht.

Leipzig, am 1. November 1884.

Der Wahlcommissar des XII. sächsischen Wahlkreises.
Stadtrath Heßler.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten,
Mittwoch, am 5. November 1884, Abends 6½ Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Verfassungsausschusses über das Abkommen wegen Vereinigung der Stadt Leipzig mit bestimmten Landgemeinden hinsichtlich der Krankenversicherung.
II. Bericht des Bau-, Finanz- und Oekonomieausschusses über Umbau des Leihhaus- und Sparcassengebäudes bez. Ueberweisung des ehemal. Reitstallgebäudes an das Leihhaus zur interimistischen Benutzung und Ausführung baulicher Herstellung in dem ehemal. Reitstallgebäude.
III. Bericht des Bauausschusses über: a. Herstellung eines neuen Filterdeckens für die Stadtwasserkunst; b. Ausbesserungen und Neubeschaffungen im III. Geschoß des Grundstücks Salzgäßchen Nr. 1.
IV. Bericht des Oekonomie- und Finanzausschusses über Herstellung des Wilhelm Seyfferth-Denkmals.
V. Bericht des Oeconomie-, Bau- und Finanzausschusses über Herstellung von Gartenanlagen am Concerthaus.

Gesucht

wird anderweit der am 29. Januar 1846 zu Mitha geborne Handarbeiter

Gottfried Ernst Müller,

welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 24. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Anmeldung zur Kirchenvorsteher-Wahl in der Parochie St. Petri.

Für die aus dem Petriskirchenvorstande nach Ablauf der 6jährigen Wahlperiode ausscheidenden Herren:

Hofbaumeister **Otto Brückwald**, Kreissecretair **F. H. Francke**, Schuldirector Dr. **F. Kühr**, Commissionsrath **C. J. Kahnt**, Pianofortefabrik. **R. Wanckel**, Rechtsanwalt **G. Weber** und Kaufmann **F. B. Selle**,

die insgesammt wieder wählbar sind, soll durch die Kirchengemeinde eine **Neuwahl** stattfinden.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen, in der **Petrikirchenparochie** wohnhaften Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, verheirathet oder nicht, „mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unbekehrten Lebenswandel öffentlich, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gebührenden Aergerniß gegeben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde oder endlich nach dem Kirchengesetze vom 1. December 1876 durch die Kircheninspection infolge Versäumniß der Trauung, Taufe oder Confirmation ausgeschlossen sind".

Wer sein Stimmrecht bei der bevorstehenden Wahl ausüben will, hat sich zufolge gesetzlicher Vorschrift zunächst **mündlich** oder **schriftlich** dazu **anzumelden.**

Die **mündlichen Anmeldungen** werden

Sonntag, den 9. November d. J. von 11 bis 1 Uhr,

und

Montag, den 10. November d. J. von 9 bis 5 Uhr,

in der Sakristei der Petrikirche entgegengenommen.

Bei schriftlichen Anmeldungen, welche während dieser Tage, sowie schon vorher auch in der Amtswohnung des Pastors Consistorialrath Professor D. **Fricke** (Albertstraße 38, I.) abgegeben werden können, muß genau angegeben werden: 1) Vor- und Zuname; 2) Stand und Gewerbe; 3) Geburtstag und Jahr; 4) die Wohnung.

Wir fordern die stimmberechtigten Glieder unserer Gemeinde herzlich und dringend auf, sich an der bevorstehenden Wahl zahlreich zu betheiligen und damit sie dies können, die **Anmeldung** in der angegebenen Weise bis spätestens **Montag, den 10. November, Nachmittags 5 Uhr**, bewerkstelligen zu wollen.

Zur Petrikirchenparochie gehören folgende Straßen und Plätze der Südvorstadt:

1) Albertstraße.
2) Arndtstraße.
3) Bauhofstraße.
4) Bayerischer Platz.
5) Bayerische Straße.
6) Brandvorwerkstraße.
7) Braustraße.
8) Brüderstraße.
9) Carolinenstraße.
10) Dösener Weg.
11) Dufourstraße.
12) Elisenstraße.
13) Emilienstraße.
14) Fichtestraße.
15) Flehstatt.
16) Friedrichsstraße.
17) Fürstenstraße.
18) Glockenstraße.
19) Grassistraße.
20) Hohe Straße.
21) Kaiser Wilhelm-Straße.
22) Kochstraße.
23) Kohlenstraße.
24) Körnerstraße.
25) Kronprinzstraße.
26) Liebigstraße.
27) Lößniger Straße.
28) Lützenstraße.
29) Lampestraße.
30) Malmannstraße.
31) Meitzstraße.
32) Nürnberger Straße (vom Bayerischen Platz bis zur Roß- und Lindenstraße).
33) Schenkendorfstraße.
34) Schletterplatz.
35) Schletterstraße.
36) Schleußiger Weg.
37) Seeburgstraße.
38) Sidonienstraße.
39) Sophienstraße.
40) Steinstraße.
41) Stephanstraße (von der Seeburg- bis zur Liebigstraße).
42) Südplatz.
43) Südstraße.
44) Teichstraße.
45) Thalstraße (von der Liebigstraße bis zur Ulrichsgasse u. Seeburgstraße).
46) Webergasse.
47) Windmühlenstraße (v. Bayerischen Platz bis zur Turner- und Emilienstraße).
48) Windmühlenweg.
49) Zeitzer Straße.

Leipzig, den 30. October 1884.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Bekanntmachung.

Nachdem die am 29. Juli a. c. hier verstorbene Frau **Rosine Wilhelmine** verw. **Aus** geb. **Veit** der hiesigen Armenanstalt die Summe von 1500 ℳ mit der Bestimmung, die Zinsen davon jedes Jahr am 1. December unter drei arme christliche Personen zu vertheilen, letztwillig vermacht hat, dieses Vermächtniß auch durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Mönsch an uns gezahlt worden ist, so bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß und rufen der edlen Wohlthäterin für ihre menschenfreundliche Gesinnung den wärmsten Dank nach.

Leipzig, den 21. October 1884.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. Jungklaus.

Brennholzauction.

Mittwoch, den 5. November cr., sollen im Forstreviere **Connewitz** von Nachmittag 3 Uhr an auf dem Mittelmarktschlage in Abth. 34

ca. 200 Haufen klein gemachtes, **trockenes eichenes Stockholz**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend **verkauft** werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Connewitzer Linie, oberhalb der Rötelbrücke.

Leipzig, am 29. October 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung,
„die Kirchenvorstandswahl in der Matthäikirche" betreffend.

Nach der Bekanntmachung des Kirchenvorstandes der Matthäikirche vom 1., 12. und 13. October a. cr. scheiden **aus dem Kirchenvorstande** aus:

die Herren Kaufmann und Consul **Wilhelm Todel**, Kaufmann **Hermann Fritzsche**, Regierungsrath Dr. jur. **Otto Grünler**, Stadtrath und Kaufmann **Moritz Poblenz**, Klempnermeister **C. Adolf Rudolph**, Schlossermeister **Julius Schwartze**, Stadtrath und Maurermeister **Friedrich Ulrich**.

Die Wiederwahl der ausscheidenden Herren ist gesetzlich zulässig.

Die Wahl selbst soll

Montag, den 3. November a. cr.,
von Morgens 10 bis Nachmittags 5 Uhr,

stattfinden.

1) **Stimmberechtigt** sind Diejenigen, deren Namen nach geschehener schriftlicher oder mündlicher Anmeldung und nach stattgehabter Prüfung in die Wählerliste eingetragen sind.

2) Die Wahl ist durch **schriftliche**, oder **persönliche** Abstimmung zu bewirken.

3) Jeder Wahlzettel hat **7 Namen** von mindestens 30 Jahre alten Gemeindegliedern zu enthalten, deren **Tauf- und Familienname, Stand** und **Beruf** genau zu bezeichnen ist.

Wir fordern hiermit alle stimmberechtigten Glieder der **Matthäikirchenparochie** auf, sich an der stattfindenden Wahl am **Montag, den 3. November a cr.,** eifrigst zu betheiligen und ihre Wahl auf „Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung" zu richten.

Leipzig, am 1. November 1884.

Der Wahlausschuß der Matthäikirche.
D. theol. Evers.

Nichtamtlicher Theil.

Die Lehre der letzten Reichstagswahl.

Drei Hauptströmungen sind es, welche sich gegenwärtig im deutschen Reich gegenseitig bekämpfen: die gemäßigte, die radicale und die ultramontane. Die gemäßigte Strömung will die Grundlagen des deutschen Reiches in ihrer heutigen Gestalt erhalten wissen, sie befestigen und gegen alle ihr in Zukunft drohenden Stürme sicher stellen, die radicale will gleiches Recht für Alle in dem Sinne, daß jeder Umsturzbestrebung Thür und Thor geöffnet wird. Die Ultramontanen endlich wollen das deutsche Reich unter die Herrschaft der Kirche bringen, gleichviel, ob es bei Erreichung dieses Zieles sich in seine Bestandtheile auflöst oder von Rom aus als Ganzes zusammen gehalten wird. Die Zukunft gehört unzweifelhaft Denjenigen, welche das deutsche Reich gegen die Radicalen und Ultramontanen zu schützen entschlossen sind, das hat das Wahlergebniß vom 28. October unzweifelhaft dargethan, nur ist der Umbildungsproceß, welcher sich innerhalb der Parteien zu vollziehen beginnt, noch im ersten Entwickelungsstadium begriffen. Die Gegnerschaft zwischen Fortschritt und Socialdemokratie ist nur eine scheinbare, wenigstens auf Seiten des Fortschritts, denn der Fortschritt ist ja bereit, der Socialdemokratie die Bahn für ihre Bestrebungen frei zu machen. In welcher Absicht das geschieht, ist ganz gleichgültig. Der Fortschritt beabsichtigt, mit Hilfe der Socialdemokratie zur Herrschaft zu gelangen, oder wie er sich theoretisch ausdrückt, der „Reaction" entgegen zu wirken, der Fortschritt spielt sich als Hort der Reichsverfassung auf. Und doch will er die Grundlagen, auf welchen die Reichsverfassung beruht, vorher zerstören. Durch das gleiche Recht, welches er der Socialdemokratie entgegenbringt, erhält diese den Vollmachtsbrief zum Umsturz des Bestehenden und durch die Feststellung des Militairetats in jeder Legislaturperiode wird das deutsche Heer dem Ungefähr wechselnder Mehrheiten preisgegeben. Was würde geschehen, wenn Deutschfreisinnige und Socialdemokraten im deutschen Reichstage die Mehrheit hätten? Die Zollgesetzgebung des Jahres 1879 würde mit der Steuergesetzgebung desselben Jahres aufgehoben, Freihandel und directe Steuern würden an Stelle des neuen Zolltarifs und der indirecten Steuern zum Gesetz erhoben, das Heer würde reducirt und ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz erlassen, nicht minder würde an die Socialgesetzgebung die Axt gelegt, von den Freisinnigen in der Absicht, der Selbsthilfe die Sorge für das Wohl der Arbeiter zu überlassen, von den Socialdemokraten, um die vom monarchischen Staat dargebotene Hilfe durch die des socialistischen Staates zu ersetzen.

Die Verwirrung würde eine ganz unbeschreibliche werden und schließlich würde der Socialismus auf Kosten von Ordnung und Ruhe, Sicherheit des Besitzes und der monarchischen Staatsform triumphiren. Das ist das Verderbliche an den fortschrittlichen oder freisinnigen Bestrebungen, daß sich ihre Vertreter die Folgen ihrer Handlungsweise nicht klar machen; während sie vorgeben, dem Steuerdruck und der Reaction entgegen zu arbeiten, thun sie nur die Dienste der Umsturzpartei. Das ist aber alles Andere, nur nicht liberal oder freisinnig, es ist einfach gedankenlos. Was ist der Werth des freisinnigen Programms? Daß es durch die Theorie die Praxis in den Schatten stellt, Unklarheit über die Forderungen der Gegenwart an die Stelle der Aufklärung setzt. Was helfen uns denn die schönsten Programme, wenn eines Tages eine Partei erscheint, welche mit dem ganzen Schwamme darüber fährt und die Gewalt an die Stelle von Verfassung und Recht setzt.

Das Programm der gemäßigten, staatserhaltenden, für Ordnung und Recht einstretenden Parteien ist in drei Worte zusammengefaßt. Es lautet: Festes Zusammenstehen gegen Socialdemokraten und Ultramontane. Die Vertreter von Ordnung und Ruhe befinden sich gegenwärtig im Kriegszustande gegen zwei erbitterte Feinde des deutschen Reiches und deshalb ist Einigkeit in der Abwehr beider das erste Gebot und das beste und allein haltbare Programm. Diejenigen haben volles Recht, auf die Bezeichnung „Hort der Verfassung" Anspruch zu erheben, welche das Reich gegen die nächsten und drohendsten Gefahren zu schützen bereit sind. Das Interesse der Partei gilt uns gar nichts, so lange das Ganze in Gefahr ist, wir geben nicht einen Pfifferling für das gedankenlose Geschwätz über Ausbau der Verfassung im freiheitlichen Sinne. Wer ein Haus baut, sorgt vor allen Dingen dafür, daß eine feste Grundlage geschaffen wird, auf welcher dann Mauern errichtet werden, die den Stürmen Trotz zu bieten vermögen. Dann kommt die Sorge, daß der Bau unter Dach gebracht wird, und erst dann kann es sich um zweckmäßige und bequeme Einrichtung des Innern handeln. Wir befinden uns als Mitarbeiter am Bau des deutschen Reiches noch im Falle Derer, welche den äußeren Bau zu vollenden und unter ein sicheres Dach zu bringen haben. Es fehlt nicht an Feinden, welche den Rohbau, noch bevor er nach allen Seiten hin fest gefügt ist, wieder zu zerstören trachten. Diese Feinde gilt es abzuwehren und ihnen den Angriff für die Zukunft unmöglich zu machen.

Im Jahre 1879 wurde die Losung ausgegeben, daß sich die liberalen Wähler in Stadt und Land unter einer Fahne vereinigen möchten, um das Reich gegen alle Fährlichkeiten zu schützen, die seinem Bestande und seiner Wohlfahrt drohen. Der Ruf ist damals vergeblich erhoben worden, weil es an dem nöthigen Verständniß seiner Bedeutung fehlte. Später ist dieser Ruf erneuert worden und er hat zur Verschmelzung von Fortschritt und Secession geführt, aber zu welcher Verschmelzung. Nicht der Fortschritt ist dem gemäßigten Liberalismus entgegengekommen, sondern der Fortschritt hat einen Theil des letzteren aufgefogen. Durch diesen Verschmelzungsproceß ist es erst klar geworden, wie nothwendig die Mäßigung ist auf liberaler Seite. Die gemäßigten Liberalen haben in Folge dessen ganz naturgemäß Anlehnung beim gemäßigten Conservatismus gesucht und gefunden. Man sprach bis zu den Wahlen von einer gemäßigten Mittelpartei. Diese Mittelpartei hat heute nicht nur die Probe ihrer Existenzberechtigung abgelegt, sondern sie hat noch weiter die Nothwendigkeit gezeigt, daß diese Mittelpartei sich zu einer großen Partei der Abwehr gegen Radicalismus und Umsturz im staatlichen wie im kirchlichen Sinne zu erweitern habe, um ihre Bestimmung vollständig zu erfüllen. Der angebliche Freisinn liegt heute schwer getroffen zu Boden, er hat sich vor dem Richterstuhl des deutschen Volkes als Unsinn erwiesen, und wenn diese Erkenntniß noch nicht in vollem Maße zum Durchbruch gekommen ist, so ist sie wenigstens auf dem besten Wege dazu. Der Freisinn wollte die Herrschaft antreten im deutschen Reiche, er hatte aber vergessen, daß Herrschaft nur möglich ist, wenn sie nicht von übermächtigen Gegnern in Frage gestellt wird. Wir haben im Gegensatz zum Freisinn, zum unsinnigen Freisinn absolut gar kein Herrschgelüste, sondern wir wollen den Schöpfern des deutschen Reiches, dem Kaiser und dem Kanzler, mit allen unseren Kräften helfen, das Reich gegen seine Feinde zu vertheidigen. Diese Feinde sind die Socialdemokraten und die Ultramontanen und deshalb erheben wir den Ruf: Alle, die Ihr es wohl meint mit dem deutschen Reiche und seiner Zukunft, schaart euch um uns und folgt unserer Fahne. Ihre Devise lautet: Hinweg mit den Feinden und Verächtern des deutschen Reiches für Ordnung und Verfassung, für Krone und Vaterland. Bei den Stichwahlen müssen Conservative und Nationalliberale und alle sonstigen Freunde der Ordnung, welche sich von gedankenlosen Programmen loszumachen vermögen, zusammenstehen gegen die Radicalen, mögen sie sich nun Freisinnige, Ultramontane oder Socialdemokraten nennen. Ordnung gegen Revolution lautet unsere Devise!

*

Leipzig, 2. November 1884.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Das hervorstechendste Merkmal der Reichstagswahlen ist neben dem Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen der arge Zusammenbruch der deutschfreisinnigen Partei. Sie zählt nur 31 sichere Mandate, und wenn sie auch bei den Stichwahlen aus dem Schiffbruch noch einige Trümmer retten mag, so ist an der Thatsache, daß an dieser Partei ein schweres Volksurtheil gefällt worden, doch nichts mehr zu ändern. Es ist bezeichnend, daß die Vertraute ganz besonders die ehemalige secessionistische Richtung zu tragen hat, ein Beweis, daß gerade diese Richtung durch ihren Anschluß an die Fortschrittspartei das Vertrauen ihrer früheren gemäßigt liberalen Wähler verloren hat. Von einem mäßigenden Einfluß der ehemaligen Secessionisten auf die Fortschrittspartei wird fortan noch weniger als bisher die Rede sein, da die ersteren nichts mehr in die Waagschale zu legen haben. Ueber die zusammengeschmolzene Schaar der Deutschfreisinnigen wird fortan widerspruchsloser als je Eugen Richter commandiren. Die nationalliberale Partei hat auf jeden Fall einen beträchtlichen Zuwachs empfangen. Schon ohne die Stichwahlen zählt sie ungefähr so viel Mitglieder wie in der vorigen Legislaturperiode. Unsere Wünsche sind freilich nicht alle erfüllt, von einer conservativ-nationalliberalen Mehrheit kann auch im neuen Reichstag nicht die Rede sein, allein nüchterne Berechnungen konnten auch von vornherein nicht zu der Erwartung kommen, daß jetzt schon dieses Resultat zu erreichen sein werde. Hat man davon gesprochen, so war es eine Uebertreibung, wie sie der Wahlagitation zu Gute zu halten ist. Das hat der vielgeschmähte „Heidelberger Aufschwung" auf alle Fälle erreicht, daß die gemäßigte Richtung innerhalb des Liberalismus wieder zu Macht und Ansehen gekommen ist. Wäre die nationalliberale Partei dem Rath zweifelhafter Freunde gefolgt, und wäre Hand in Hand mit den linksliberalen Parteien in den Wahlkampf gegangen, wie sie es zu ihrem schweren Schaden im Jahre 1881 gethan, so hätte sie ohne Zweifel an der Niederlage der „Freisinnigen" theilgenommen und stände jetzt besten Falls als eine kleine Richter'sche Hilfstruppe da, geduldig abwartend, bis ihr dieser Mann, dessen Wahlpolitik von jeher in dem Ziel der Vernichtung der gemäßigten Richtung völlig aufgegangen ist, das Lebenslicht ganz ausblasen würde. Die nationalliberale Partei wird voraussichtlich eine stärkere Vertretung im neuen Reichstag aufweisen als die deutschfreisinnige und wenn auch nicht alle hochgespannten Hoffnungen erfüllt worden sind, so hat die Entscheidung vom 28. October doch auf alle Fälle die gute Folge, daß der deutsche Liberalismus vor einer sehr ungesunden Entwickelung bewahrt geblieben ist. Große Wählermassen haben gegen die Auffassung protestirt, als ob es zum Wesen des deutschen Freisinns gehöre, auf politischem Gebiet radical-oppositionelle, auf social-wirthschaftlichem Gebiet extrem freihändlerisch-manchesterliche Bestrebungen zu verfolgen."

* Zur ultramontan-demokratischen Allianz schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an leitender Stelle:

Auch schon in früheren Wahlzügen sind vereinzelt ultramontan-fortschrittliche, resp. volksparteiliche Verbrüderungen vorgekommen. Diesmal scheint die Sache jedoch in System gebracht werden zu sollen. Schon in den Hauptwahlen trat diese Erscheinung hervor und dürfte es noch mehr in den ausstehenden Stichwahlen der Fall sein. Charakteristisch ist dabei zunächst, daß die Initiative zu der gegenwärtig bestehenden ultramontan-demokratischen Allianz vom Centrum ausging; während „Deutschfreisinn" und Volkspartei, resp. die sich so benennende Sonnemann'sche Bürgerdemokratie dabei mehr die Rolle einer sprödekoketten Liebhaberin spielten, die sich zwar die klerikale Liebe gefallen läßt, deren Minnedienste hinnimmt, ohne jedoch sich auf andere als auf verschämte Gegenliebe einlassen zu wollen. Ob dieses „Verhältniß" derart einseitig wird bleiben können, dürfte doch etwas zweifelhaft erscheinen, da bekanntlich die klerikale Wahlhierarchie keineswegs zu denjenigen Gläubigern zu gehören pflegt, die „aufstehende Forderungen" einzutreiben sich säumig zeigen.

Man wird also, wie man jetzt bereits das Schauspiel erlebte, ultramontane Wahlmannschaften auf Befehl mit demokratischen Stimmzetteln zur Wahlurne marschiren zu sehen, nicht vereinzelt, sondern gleich regimentsweise, selbst dort, wo man mit Coups von 5—6000 Mann sonst selbst in erster Reihe der Kämpfenden stand in derselben Weise also wird man vielleicht schon jetzt, wahrscheinlich aber in Zukunft Richter'sche, resp. Sonnemann-Mayer'sche Parteigänger sich in den Kampf für Herzensdinge stützen sehen.

Das Bindemittel dieser jedem Unbefangenen widernatürlich erscheinenden Allianz ist der gemeinsame Haß gegen Mittelpartei und „sogenannte Conservative", zu welch' Letzteren zum großen Schmerze des „Reichsboten" von den ultramontanen Wahlkreisen die diesen Nächststehenden, sogar Herr Hofprediger Stöcker, gerechnet wurde. Hierin hat man sofort ein zweites Charakteristicum dieser Allianz: es ist die beiden Alliirten gemeinsame Selbstüberhebung.

Genau in derselben Manier, wie „Deutschfreisinn" und Demokratie ihrerseits beanspruchen, einzig die Grenzlinie ziehen zu wollen, wo der Liberalismus aufhört und die „Reaction" anfängt, dergestalt, daß v. Bennigsen, Habrecht ꝛc. bereits als zu letzterer gehörig classificirt wurden; genau in derselben Manier maßt die Centrumspresse sich an, bestimmen zu wollen, wer heute noch als conservativ ohne das Pseudonym „sogenannt" gelten dürfe. Letztere zeigt sich dabei allerdings noch etwas anmaßlicher, als der andere alliirte Theil; dieser ließ doch wenigstens noch „Liberale" überhaupt übrig, während das Centrum eigentlich die Conservativen vollständig ausrottet und nur selbst als „wirklich conservativ" übrigbleiben möchte; merkwürdiger Weise, um sich in demselben Augenblicke der Demokratie an den Hals zu werfen.

Neugierig wird man ferner sein dürfen, nämlich darauf, wie in den bevorstehenden Stichwahlen zwischen Socialdemokraten und Mittelparteilern oder „sogenannten Conservativen" — und an solchen ist bekanntlich kein Mangel — das Centrum agiren wird. Das Berliner ultramontane „Mündstück" that kürzlich sehr empört, als aus einer in der Bonifacius-Druckerei zu Paderborn verlegten, bezüglich des Schimpfens selbst der „Germania" sich „über" zeigenden Prachtbroschüre nachgewiesen wurde, daß inter pares 1. „Centrumsleute", 2. „Deutschfreisinnige" (Fortschrittsleute), 3. „streng Conservative", 4. „Socialdemokraten" als „unsere Genossen" aufgeführt seien. So steht es Pag. 26. Auf Pag. 27 steht aber, in dem hier angenommenen Stichwahlfalle sei festzuhalten, „daß dem Mittelparteiler auf keinen Fall die Stimme zu geben ist. Es bleibt alsdann nur Wahlenthaltung." Daß Letzteres eine offenbare Inconsequenz ist, werden die Taktiker auf klerikaler Seite sehr bald einsehen; denn jede ultramontane Stimme, die bei solcher Gelegenheit dem Socialdemokraten entgeht, begünstigt Mittelparteiler oder „sogenannte Conservative", und Letzteres gilt ja als ein Verbrechen, für das beim Centrum keine Absolution ertheilt wird. Deshalb wird auch jetzt der „Westphälische Merkur" sich kaum noch dringlich fühlen dürfen, als „krypto-revolutionär" zu gelten. Denn wenn in Paderborn die socialdemokratisch-ultramontane Verbrüderung zu Gunsten der Umsturzpartei bereits bis zu proclamirter Wahlenthaltung gediehen ist, dann wird man in Münster das doch nicht bedauern dürfen und wollen? Also nur Muth! Warum sollte man gerade in diesem Falle die so vielgerühmte Consequenz der „Centrumsgrundsätze" zu ziehen unterlassen?

Daneben nimmt es sich allerdings sehr hübsch aus, wenn ein Centrumsmitglied des Abgeordnetenhauses, Herr Metzner, in Freiburg i. B. die „christlich-conservative (Centrums-) Partei" proclamirt, für die nicht nur jeder Katholik, sondern jeder Wähler überhaupt stimmen könnte! Das Gruppenbild Paderborn-Freiburg ist nicht übel und ein neuer Beweis schätzbarer Vielseitigkeit und Klugheit.

Ein unbefangener Beobachter wird indessen in jedem Schritte weiter auf dem Wege der ultramontan-demokratischen Allianz einen dankenswerthen Fortschritt in der Gesundung unserer Parteiverhältnisse im Allgemeinen erblicken dürfen. Je mehr Centrumswähler belehrt werden dürften, die Herren Bebel, Sonnemann oder Richter im Vergleiche zu v. Köller oder Wagner als das kleinere Uebel anzusehen, und je mehr andererseits die Wähler der demokratischen Gruppen bemerken, ihre Führer seien der Meinung, Herr Windthorst, Graf Ballestrem oder Herr Dr. Franz könnten ihnen politisch näher als v. Bennigsen, Miquel oder v. Bendа, desto eher müssen wohl die Wähler beider Kategorien erkennen, wie sehr es im Innern der sie dirigirenden Parteiführer an jenem sittlichen Ernst mangelt, auf den allein politisches Leben und politische Erfolge dauernd sich basiren lassen.

* Die deutsch-freisinnige Partei, welche so sicher war, ihre Reihen durch die Wahlen wesentlich zu verstärken, und die trotz der angestrengtesten, kostspieligsten Agitation nun eine ganze Reihe sehr empfindlicher Wahlniederlagen erlitten hat, geht wieder mit dem Klingelbeutel durch's Land. Die Fortschritts-Blätter veröffentlichen folgenden Aufruf:

„Deutsche freisinnige Partei!

Parteigenossen! Nach dem Ergebniß der gestrigen Reichstagswahlen werden über den Sieg einer großen Anzahl von Parteigenossen erst die engeren Wahlen entscheiden. Es gilt daher, die Kräfte der gesammten Partei auf diese Stichwahlen zu vereinigen. Alle Freunde, welche für die Kosten dieser Wahlen in Berlin und außerhalb Berlins unsern Central-Wahlfonds verstärken wollen, bitten wir, alsbald einen Beitrag zu demselben an unser Centralbureau unter der Adresse des Herrn Timm, Berlin S. W., Königgrätzerstraße 25, oder an Herrn Stadtverordneten Theodor Müller, Berlin

SLUB
Wir führen Wissen.